

Abstimmung über die Pflegeinitiative am 28. November 2021

Das sind unsere Argumente

Noch knapp zwei Monate dauert es bis zur Abstimmung über die Pflegeinitiative. Jetzt gilt es, die Stimmberechtigten von einem JA zu überzeugen. Denn der Personalnotstand in der Pflege kann nur mit der Pflegeinitiative behoben werden. Hier finden Sie die wichtigsten Argumente, und Antworten auf häufige Fragen und Einwände.

Text: Verein JA zur Pflegeinitiative

Ausgangslage

Wachsender Pflegebedarf

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt massiv zu. Die Menschen werden immer älter und brauchen mehr professionelle Pflege. Die Zahl der über 65-jährigen Personen verdoppelt sich nahezu innert 15 Jahren (2014 bis 2030). Der Anteil von chronisch und mehrfach Erkrankten steigt stetig.

Zunehmender Fachkräftemangel

Der Pflegenotstand ist längst Realität. Aktuell sind über 11 000 Pflegestellen in der Schweiz unbesetzt, davon 6200 für Pflegefachpersonen (Jobradar 2, 2021). Kein anderer Beruf hat mehr unbesetzte Stellen. Und dies ist nur die Spitze des Eisberges, denn viele Organisationen schreiben die offenen Stellen gar nicht mehr aus.

Der Bedarf an zusätzlichen Pflegenden ist hoch. Zwischen 2019 bis 2029 braucht es zusätzlich 70 500 Pflegenden, davon 43 200 Pflegefachpersonen. Bis 2029 werden in der Schweiz 14 500 Pflegefachpersonen, oder rund ein Drittel, zu wenig ausgebildet. Das zeigt der neue Obsanbericht.

Geringe Berufsverweildauer

Über 40 % der Pflegenden verlassen den Beruf frühzeitig, ein Drittel von ihnen ist jünger als 35 Jahre. Die Gründe sind bekannt: Weil viele Stellen unbesetzt sind, müssen die Pflegenden immer mehr schwerkranke Patient:innen pflegen.

Hohe Auslandsabhängigkeit

Das Gesundheitswesen würde ohne Pflegefachpersonen mit ausländischem Abschluss nicht funktionieren. Diese grosse Abhängigkeit ist problematisch. Die Schweiz entzieht anderen Ländern Pflegenden, die diese ausbilden und für die eigene Bevölkerung benötigen. Diese Länder ergreifen vermehrt Massnahmen, damit die Pflegenden im eigenen Land bleiben.

**Damit wir da sind,
wenn du uns brauchst**

Pflegeinitiative

JA

am 28. November

Pflegefachfrau Gabriela Morf wird auf den Kampagneplakaten für das JA werben.

Unhaltbare Situation

Die heutige Situation ist unhaltbar, weil die Zeit für eine gute, sichere und menschliche Pflege fehlt. Die Pflegenden sind chronisch überlastet, erschöpft und frustriert. Viele gut ausgebildete Pflegenden verlassen den Beruf nach wenigen Jahren. Es braucht genügend und gut ausgebildete Pflegenden, welche im Rahmen ihrer Kompetenzen gute Pflege leisten – in allen Gesundheitsinstitutionen. Nur so schaffen wir mehr Zeit für die Pflege von kranken und verunfallten Menschen.

Antworten auf Fragen und Einwände

Wieso reicht der Gegenvorschlag nicht?

Der vom Parlament erarbeitete indirekte Gegenvorschlag konzentriert sich auf die Ausbildung neuer Pflegefachpersonen. An der chronischen Überlastung der heute tätigen Pflegenden, ihren schwierigen Arbeitsbedingungen und den vielen frühzeitigen Berufsausstiegen ändert sich nichts. Es fehlen Massnahmen, um die Arbeitsbedingungen der Pflegenden zu verbessern, die heute im Beruf tätig sind. Es fehlen Massnahmen, um frühzeitige Berufsausstiege zu verhindern und es fehlen Massnahmen, um die Pflegequalität zu sichern. Darum braucht es ein JA zur Pflegeinitiative.

Eine Berufsgruppe gehört nicht in die Bundesverfassung!

Die Verfassung legt fest, wie unser Gesundheitswesen ausgestaltet wird. Hinter einer medizinischen oder pflegerischen Leistung stehen immer Berufsgruppen. Im Artikel 117a der Bundesverfassung steht, dass die Hausarztmedizin ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung ist. Die Hausarztmedizin wird auch von Hausärzt:innen – also einer Berufsgruppe – erbracht.

Parlament und Bundesrat haben alle Vorstösse zur Stärkung der Pflege abgelehnt, seit im 2014 der Art. 117a Medizinische Grundversorgung der Bundesverfassung in Kraft getreten ist. Das ist im Interesse der pflegebedürftigen Menschen unhaltbar, denn es besteht bereits ein Pflegenotstand in der Schweiz und es braucht dringend Massnahmen, um die Qualität der Pflege zu sichern. Die Volksinitiative ist zudem die einzige Möglichkeit, die politischen Rechte wahrzunehmen.

Die Pflegeinitiative ist ein gewerkschaftliches Anliegen, das einzig diplomierte Pflegefachpersonen stärkt. Denn nur diese Berufsgruppe ist im Verfassungsartikel explizit genannt. Wir wollen keine Akademisierung der Pflege.

Die Pflegeinitiative will den Pflegenotstand beseitigen und sicherstellen, dass auch mittelfristig alle Menschen, die darauf angewiesen sind, gut gepflegt werden können.

Die Diplompflege wird genannt, weil wissenschaftliche Studien belegen, dass die Pflegequalität im stationären Bereich am kosteneffizientesten ist, wenn 80 % der qualifizierten Pflegeleistungen durch diplomierte Pflegefachpersonen erbracht werden.

Ein JA nützt allen Menschen, die heute oder in Zukunft auf Pflege angewiesen sind. Ein JA nützt allen Pflegenden, weil mehr Pflegenden ausgebildet werden, weil die Ausbildungslöhne erhöht werden, weil es wieder genügend Pflegenden auf den Schichten gibt und weil damit die Pflegequalität gesichert werden kann.

Wird die Pflegeinitiative angenommen, dauert die Umsetzung viel länger als beim Gegenvorschlag.

Das ist falsch. Wird die Pflegeinitiative angenommen, ist der Bundesrat verpflichtet, innerhalb von 18 Monaten wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen zu treffen. So sehen es die Übergangsbestimmungen vor. Gemäss dem Verfassungsartikel muss das Parlament die anderen gesetzlichen Grundlagen innerhalb von vier Jahren erlassen. Dabei kann auf dem heutigen indirekten Gegenvorschlag aufgebaut werden. Massnahmen sind

zu definieren bezüglich der Arbeitsbedingungen, der Pflegepersonalausstattung auf allen Abteilungen und der angemessenen Abgeltung der Pflegeleistungen.

Ausländisches Personal kann den Pflegenotstand lösen. Das ist heute schon so und muss nicht geändert werden.

Die Rekrutierung im Ausland ist grundsätzlich problematisch, weil die Schweiz damit anderen Ländern Fachkräfte entzieht. Die Pflegenden werden grundsätzlich dort benötigt, wo sie ausgebildet werden.

Die Herkunftsländer verbessern die Arbeitsbedingungen, damit sie die Abwanderung ins Ausland verhindern können. Das ist bereits zu spüren. Es ist schwieriger geworden, offene Stellen mit ausländischem Personal zu besetzen. Auch deshalb sind über 11 000 Pflegestellen unbesetzt.

Werden Grenzen geschlossen und dürfen Grenzgänger:innen nicht mehr einreisen, bricht die Spitalversorgung in Grenz-



Über 11 000 Pflegestellen sind unbesetzt, davon 6200 für Pflegefachpersonen.



regionen zusammen. Dieses Szenario ist seit Corona nicht mehr so unwahrscheinlich wie früher. Die Schweiz darf in einem so wichtigen Bereich wie der Pflege nicht vom Ausland abhängig sein.

Die Pflegeinitiative ist ein Fass ohne Boden. Die Kosten der Grundversicherung explodieren mit einem JA.

Das Gegenteil trifft zu. Die Kosten nehmen zu, weil die Menschen immer älter werden, weil es mehr chronisch und mehrfachkranke Menschen gibt und die Bevölkerung wächst. Die Pflegeinitiative stellt sicher, dass alle Menschen auch in Zukunft Zugang zu einer guten Pflege haben.

Werden die Patient:innen besser gepflegt, zahlt sich das finanziell aus. Investitionen in die Pflege lohnen sich auch, weil sie direkt mit Einsparungen verbunden sind: Es gibt

PFLEGEINITIATIVE

Drei Kernforderungen

Mehr Pflegende ausbilden – Ausbildungsoffensive starten

Bund und Kantone müssen in die Ausbildung investieren, damit in der Schweiz mehr Pflegepersonal ausgebildet und unsere Abhängigkeit vom Ausland reduziert wird. Mit höheren Ausbildungslöhnen nimmt die Attraktivität der Pflegeausbildungen zu und die Anzahl der Berufseinsteiger:innen steigt.

Berufsausstiege verhindern – Arbeitsbedingungen verbessern

Es braucht eine verlässliche Zeit- und Dienstplanung, familienfreundliche Strukturen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Der Lohn muss den hohen Anforderungen und der hohen Belastung entsprechen.

Pflegefachpersonen sollen typische pflegerische Leistungen eigenverantwortlich abrechnen können. Bei vielen Pflegeleistungen ist die ärztliche Unterschrift unnötig und ein administrativer Leerlauf.

Pflegequalität sichern – genügend Pflegende garantieren

Für eine hohe Pflegequalität und die Sicherheit der Patient:innen braucht es auf allen Abteilungen genügend Pflegefachpersonen. Es ist erwiesen, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Patient:innensicherheit und dem Ausbildungsstand des Pflegepersonals besteht. Genügend diplomiertes Pflegefachpersonal verringert das Komplikations- und Sterberisiko und damit unnötiges Leid der Patient:innen. Das zahlt sich auch finanziell aus: Kosten in Milliardenhöhe können eingespart werden, da Spitalaufenthalte vermieden oder verkürzt, resp. Wiedereintritte ins Spital verhindert werden.

Eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen ist die Voraussetzung dafür, dass die Betriebe genügend und gut ausgebildete Pflegende anstellen, die Arbeitsbedingungen verbessern und angemessene Löhne bezahlen können.



weniger Komplikationen, weniger Fehler, weniger Spitaleinweisungen und eine kürzere Aufenthaltsdauer im Spital.

Die Gesamtlohnsumme für das Pflegepersonal in Spitälern und Kliniken beträgt 17 % der Betriebskosten. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Pflegequalität am besten ist, wenn 80 % der Leistungen von diplomierten Pflegefachpersonen übernommen werden. Dafür müssten 10 % der FAGE durch diplomiertes Pflegefachpersonal ersetzt werden. Die Lohnkosten steigen damit um 69 Mio Franken. Diesen stehen potenzielle Einsparungen von mindestens 357 Mio. Fr. gegenüber. Diese Zahl basiert auf einer Analyse von Schweizer Daten von 1,2 Millionen Patient:innen aus 135 Akutspitälern Die Studie InterCare der Uni Basel zeigt, dass 42 % der Spitalweisungen von Pflegeheimbewohnenden vermeidbar wären, wenn in den Heimen mehr qualifiziertes Personal zum Einsatz käme. Das Sparpotenzial beträgt hier, jährlich wiederkehrend, 100 Mio. Fr. Der Pflegewissenschaftler Professor Michael Simon schätzt das Sparpotenzial bei Senior:innen, die noch zu Hause leben, auf 1,5 Milliarden Franken.

Das Parlament hat sich zudem zu einer Verlagerung von stationär zu ambulant entschieden. Obwohl die ambulanten Pflegekosten bei dieser Verlagerung steigen, nehmen die Gesamtkosten ab.

Wieso sollen wir in die Pflege investieren?

Die Stärkung der Pflege lohnt sich. Genügend diplomiertes Pflegefachpersonal verringert das Komplikations- und Sterberisiko von Patientinnen und Patienten. Viel Leid und unnötige Kosten werden vermieden. Mit guter Pflege müssen weniger Menschen ins Spital. Und mit guter Pflege müssen sie weniger lang im Spital bleiben, was teuer ist. Dieser Zusammenhang ist wissenschaftlich bewiesen.

Sind die Pflegelöhne zu tief?

Die Pflegelöhne sind sehr unterschiedlich und hängen vom Ausbildungsstand, der Berufserfahrung, dem Bereich und der Region ab. Gemessen an der Verantwortung und der Belastung der Pflegenden sind sie aber zu tief. Damit die Betriebe angemessene Löhne bezahlen können, braucht es eine höhere Abgeltung der Pflegeleistungen und Gesamtarbeitsverträge in allen Betrieben, die Pflegende beschäftigen.

Arbeitgeber – Spitäler, Alters- und Pflegeheime und Spitex – sind gegen die Volksinitiative, weil sie sich den Personalschlüssel nicht leisten können. Man kann nicht Personal auf Vorrat anstellen.

Eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen ist die Voraussetzung, dass die Spitäler, Psychiatrien, Rehabilitationszentren, Alters- und Pflegeheime sowie Spitex die Arbeitsbedingungen verbessern, genügend Pflegepersonal anstellen und angemessene Löhne bezahlen können.

Der Verfassungsartikel fordert, dass «eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen für den zunehmenden Bedarf zur Verfügung steht und dass die in der Pflege tätigen Personen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden».

Die positive Wirkung eines Pflegepersonalschlüssels, einer Verhältniszahl von Pflegefachpersonen zu Patienten, ist wissenschaftlich belegt. Die Pflegeinitiative macht über die Zahl der Pflegenden bewusst keine Vorgaben. Der Pflegepersonalschlüssel ist pro Pflegebereich von den medizinischen und pflegerischen Fachpersonen zu definieren.

Die Investitionen in die Pflegequalität lohnen sich. Den Mehrkosten stehen viel höhere Einsparungen gegenüber.

Ich störe mich daran, dass sich viele Pflegenden nicht impfen lassen. Das ist unsolidarisch gegenüber den Patient:innen.

Die grosse Mehrheit der Pflegenden ist gegen Covid-19 geimpft. In den Kantonen Zürich und Solothurn liegt die Quote über 80 %. Der SBK empfiehlt seinen Mitgliedern die Covid-19 Impfung und arbeitet seit Beginn in der Informationskampagne des BAG mit.

Der SBK spricht sich aber gegen Impfbulatorien aus. Wer sich nicht impfen lassen will oder kann, soll sich an die Teststrategie des Betriebs halten. Wichtig ist, dass die Schutz- und Hygienemassnahmen strikt eingehalten werden, um Ansteckungen zu vermeiden.

WALTER STÜDELI

«Die Pflegenden sind die glaubwürdigsten Botschafter:innen für das JA»

Walter Stüdeli ist Geschäftsleiter des Vereins Ja zur Pflegeinitiative, der im Auftrag des SBK die Abstimmungskampagne führt. Aber es braucht den Einsatz der Pflegenden als Botschafter:innen.

Krankenpflege: Wie schätzen Sie die Chancen der Pflegeinitiative ein?

Walter Stüdeli: Die Chancen sind gut, dass wir diese Abstimmung gewinnen. Die Mobilisierung ist eindrücklich. Die Unterstützung ist enorm, und es ist realistisch, dass am 28. November ein Ja resultiert.

Das Ständemehr ist eine Herausforderung. Welche Kantone muss man besonders beachtern?

Klassischerweise ist das Ja schwieriger zu erreichen in eher konservativen, ländlichen Kantonen und in der Zentralschweiz. Dort werden wir besonders aktiv sein müssen, um die Leute zu überzeugen. Aber wir wissen aus Umfragen, dass die Unterstützung auch dort über alle Parteigrenzen hinweg sehr breit ist. In der Westschweiz ist die Zustimmung eher grösser als in der Deutschschweiz.

Welche Herausforderungen gibt es bei der Kampagne?

Die Hauptargumente der Gegner:innen werden steigende Kosten sein. Die Herausforderung wird sein, zu begründen, dass diese steigenden Kosten nichts mit der Pflegeinitiative zu tun haben, sondern mit der demografischen Entwicklung. Diese Mehrkosten werden sowieso kommen. Die Frage ist, wie man die Mittel effizient einsetzt. Wenn man mehr und besser qualifizierte Pflegenden hat, wird es günstiger. Werden die Mittel ineffizient eingesetzt und man hat zu wenig qualifiziertes Pflegepersonal, müssen die Menschen öfter ins Spital und es wird viel teuer. Die Kostenfrage wird der Knackpunkt sein.

Wie sollen Pflegende, die sich zum Beispiel an Standaktionen engagieren, darauf antworten?

Mehrkosten wird es geben. Heute haben wir eine Unterversorgung. 11 000 Stellen sind unbesetzt. Natürlich kostet es, wenn man diese Unterversorgung beheben will. Aber mit mehr Pflegenden und einem Standard an diplomierten Pflegefachpersonen auf allen Abteilungen gehen die Kosten herunter. Das ist wissenschaftlich erwiesen.

Gibt es etwas, was ein völliges No-Go ist, wenn die Leute für die Pflegeinitiative werben?

Es gibt zwei Dinge: Wir müssen uns an den Fakten orientieren. Unsere Aussagen müssen korrekt sein. Und wenn Gegner mit Unwahrheiten kommen, und das wird passieren, dürfen wir uns nicht provozieren lassen. Wir müssen uns immer an die Fakten halten. Die Gegner werden zum Beispiel behaupten, dass der indirekte Gegenvorschlag «gestorben» ist, wenn die Initiative abgelehnt wird. Das ist falsch. Dafür müsste jemand das Referendum gegen den Gegenvorschlag ergreifen. Das ist extrem unwahrscheinlich.

Welche Vorteile haben wir bei der Kampagne?

Ein Vorteil ist: Die Pflegenden kommen überall hin, in jeden Ort, jedes Dorf, in den «hintersten Chrachen». Sie sind nahe an den Leuten. Bei einer Standaktion auf dem Dorfplatz werden nur sie da sein. Kampagnen werden auf dem Land gewonnen. Das wichtige ist, dass sie mit den Menschen reden und sie davon überzeugen, dass sie abstimmen müssen. Die Pflegenden sind die glaubwürdigsten Botschafter:innen für ein JA. Sie wissen – und sie sind die einzigen, die wissen – was in der Pflege wirklich abgeht und was die Missstände in der Pflege sind. Darum müssen sie unbedingt als Botschafter:innen auftreten.

Interview: Martina Camenzind



Die Abstimmung kann gewonnen werden, ist Walter Stüdeli überzeugt.